Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Dietrich W. Thielenhaus

Trendwende?

Die deutsche Industrie hat im Juni 2014 den stärksten Auftragseinbruch seit fast drei Jahren hinnehmen müssen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts gingen die Bestellungen gegenüber dem Vormonat um 3,2 % zurück. Die gemeldeten Aufträge aus dem Inland sanken um 1,9%, die aus dem Ausland um 4,1 %. Die Nachfrage aus der Euro-Zone brach mit 10,4% regelrecht ein. Dazu passt die ifo-Meldung, dass sich das Wirtschaftsklima im Euro-Raum erstmals seit Ende 2012 verschlechtert hat. Die Erwartungen der befragten 300 internationalen Ökonomen an die nächsten sechs Monate hätten sich deutlich eingetrübt. Als Hauptursache werden die Ukraine-Krise und die Sanktionen gegenüber und von Russland genannt. Davon sind alle großen Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der Dienstleistungen betroffen. Gleichwohl zeigen sich die deutschen Unternehmen noch überwiegend optimistisch. So sind die Exporte von Januar bis Juni 2014 – gegenüber dem Vorjahr – um 2,4% gestiegen. Zu rechnen ist allerdings mit einer deutlichen Senkung der BIP-Prognosen für 2014 und 2015.

Gefahr für den Standort

Nur kurz nachdem das US-Magazin „Newsweek" das deutsche Jahrhundert ausgerufen hat, macht sich Ernüchterung breit in Deutschlands Chef-Etagen. Dazu trägt neben konjunkturellen Abkühlungstendenzen eine neue DIHK-Studie bei, die – wie der „Spiegel" formuliert – bröckelnde Fundamente unter einer glänzenden Fassade erkennen lässt. Als zentrale Schwachstelle wird die zu niedrige Investitionssumme in Deutschland identifiziert, die den Wohlstand bedrohe. Nach DIHK-Berechnung besteht hierzulande eine jährliche Investitionslücke von etwa 3% des BIP, was rund 80 Mrd. EUR entspricht. Als Investitionsbremse benennt die Umfrage Gründe, für die in erster Linie die Politik verantwortlich sei. Die Entscheidungen der großen Koalition erweisen sich danach zunehmend als „Gefahr für den Standort". Die Kritik richtet sich nicht nur auf „Reformen" wie die Rente mit 63, den Mindestlohn oder die Mietpreisbremse, sondern vor allem auf das Fehlen eines Plans, mit dem Deutschland als viertgrößte Industrienation der Welt ihre Zukunft sichern könne. Insgesamt wächst die Sorge, die GroKo sei dabei, die strukturellen Weichenstellungen der Agenda 2010 rückgängig zu machen. Geklagt wird seit längerem über die hohen Steuern und Abgaben (fast 80 %) sowie das starre Arbeits- und Tarifrecht (über 70%). Neu auf der Sorgenliste stehen der Fachkräftemangel und die hohen Energiekosten, die die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland einschränken. Daraus resultieren schon heute verstärkte Investitionen im Ausland. Das DIW warnt: „Deutschland lebt von der Substanz".

„Kein Zurück"

Das Vertrauen der Bürger in die EU-Institutionen ist in den letzten Jahren auf besorgniserregende Tiefststände eingebrochen. In dieser beispiellosen politischen Glaubwürdigkeitskrise haben sich die Mitgliedsländer mit Jean-Claude Juncker ausgerechnet auf einen neuen EU-Kommissionspräsidenten geeinigt, der nicht zuletzt durch seine sehr spezielle Definition von Wahrheit und Klarheit aufgefallen ist. So hat er 2011 in seiner damaligen Funktion als luxemburgischer Premierminister bei einer Preisverleihung in Brüssel konstatiert: „Wenn es ernst wird, muss man lügen." Die Lüge sei notwendig, weil jedes Wort eines Politikers „Reaktionen der Börsen" auslösen könne. Deswegen sei er für „geheime Verhandlungen in dunklen Räumen". Und schon 1999 hatte der frühere Chef der Euro-Gruppe sein merkwürdiges Demokratie-Verständnis mit folgender Handlungsempfehlung für Spitzenpolitiker erkennen lassen: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

Nichts gelernt?

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hat kürzlich vor einem neuen Kollaps der Finanzmärkte gewarnt. Der frühere BIZ-Chefvolkswirt William White analysiert: „Seit der letzten Krise hat sich nichts wirklich geändert: Nach wie vor pumpt eine sehr aktive Finanzpolitik das Kreditvolumen exzessiv auf – macht also genau das, was den Schlamassel ursprünglich ausgelöst hat. Schon Wirtschafts-Nobelpreisträger Friedrich von Hayek wusste: Wer gegen eine Depression mit verstärkter Kreditvergabe vorgeht, bekämpft das Übel mit seiner Ursache. Aber die Kreditblase und die hohe Verschuldung sind das grundlegende Problem – und heute ist die Verschuldung der privaten Haushalte, der Unternehmen und der Staaten in den G-20-Ländern um 30% höher als 2007." Und White stellt außerdem fest: „Die BIZ glaubt – und ich stimme ihr da zu –, dass das Problem der Verschuldung letztlich eines der Zahlungsfähigkeit ist. Bei realistischer Betrachtung müsste man aber eingestehen, dass viele Schuldner praktisch pleite sind, sie werden nie in der Lage sein, ihre Schulden abzutragen. Sinnvolle Maßnahmen wären da Umschuldungen, Schuldenerlass, Abschreibung von Krediten, Rekapitalisierung von Banken – doch das sind nicht die Aufgaben einer Zentralbank, sondern von Regierungen. Die aber scheuen sich, solche harten und unpopulären Aufgaben anzupacken - da tut man lieber so, als hätte die Zentralbank alles im Griff. Das Problem ist freilich, dass diese Praktiken nicht nur nicht funktionieren, sondern auch noch äußerst unangenehme Nebeneffekte haben."